# Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tageblatt Riesa. Fernruf Nr. 30. Postfach Nr. 32.

Das Riesaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postscheckkonto: Dresden 1530. Girokasse: Riesa Nr. 52.

№ 106. Mittwoch, 8. Mai 1929, abends. 82. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends ½6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Eintritts von Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 30 mm breite, 1 mm hohe Grundschrift-Zeile (6 Silben) 16 Gold-Pfennige; die 80 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Feste Tarife Vereinzelter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achttägige Unterhaltungsbeilage „Heiteres an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.


## Hilferdings Anleihe.

Mit fieberhafter Energie wird das Zustandekommen der 500-Millionenanleihe für das Reich betrieben. Eine eigene Konferenz der Länderminister hat die Angelegenheit bereits durchberaten, damit im Reichstage keine unerwarteten Schwierigkeiten auftauchen möchten. Freilich hat diese Konferenz zugleich auch gezeigt, daß die Schwierigkeiten nicht gering sind. Vermutlich werden die Bedenken, die mancher der Herren Minister geäußert hat, im Reichsrat und später auch im Reichstag doch wieder auftauchen. Das Drängen des Reichsfinanzministers ist verständlich. Die Kassen des Reiches sind leer, am 1. April gab es schon die größte Not, die Verpflichtungen des Reiches wachsen, und von manchen Seiten wird befürchtet, daß bis zum 1. Oktober die Anforderungen an die Reichskasse den tatsächlichen Bestand um eine Milliarde überschreiten könnten. Es mögen Schwarzseher sein, die so urteilen. Aber auch die Optimisten haben ihre Sorgen. Vielleicht, daß man nun doch auch in Paris einmal einen Seitenblick auf diese üble Lage der Reichskasse wirft. Viel hilft ein Hinweis auf solche Schwierigkeiten Deutschlands erfahrungsgemäß zwar nicht. Es ist ja gar zu leicht, vom Auslande her Ratschläge zu erteilen, wie sich die Einnahmequellen des Reiches verbessern ließen, wie man aus dieser oder jener Steuer mehr herausholen könnte, wie man großen Besitz und große Einkommen zu schärferer Pflichterfüllung dem Reiche gegenüber heranziehen sollte. Das alles ist in der Theorie schnell gemacht, aber nicht ebenso in der Praxis, und das Ausland macht dabei auch vielfach den Fehler, den Unterschied zwischen Deutschlands Verfassungs- und Wirtschaftsverhältnissen einerseits und entsprechenden Verhältnissen anderer Länder andererseits zu übersehen. Leider fehlt es auch nicht an politisch voreingenommenen Beurteilern draußen, die ein Gefallen und ein Interesse daran haben, immer wieder von Deutschlands bösem Willen zu fabulieren und alles, was sie von deutscher Not hören, wie eine nur auf Propaganda berechnete Theateraufführung anzusehen. Das deutsche Volk spürt es leider am eigenen Leibe deutlich genug, daß es sich nicht um bloßes Theater dabei handelt.

Die deutschen Bedenken gegen Hilferdings Anleiheplan sind zunächst sozialpolitischer Natur. Der Reichsfinanzminister möchte einen besonderen Anreiz schaffen, um für die Anleihe Zeichner zu erwerben. Er stellt deshalb Befreiung von der Erbschafts-, Vermögens- und Einkommensteuer in Aussicht. Es ist einigermaßen überraschend, gerade von einem sozialistischen Finanzminister derartige Vorschläge zu hören. Man sieht, wie die besonderen Sorgen des Amtes, die die Seele eines Ministers bedrücken, von parteipolitischen Voreingenommenheiten befreien. Wie energisch wird sonst gerade von der Sozialdemokratie gefordert, daß in Steuerdingen strengste Gerechtigkeit herrsche, daß die größten Steuerleistungen auf die tragfähigsten Schultern gelegt werden sollten. In diesem Sinne hat sich auch die Partei bei früheren Gelegenheiten schon dagegen gewehrt, daß Anleihen von irgendwelchen Steuerverpflichtungen befreit würden. Und dabei hat man früher höchstens an eine Befreiung von der Vermögens- und Erbschaftssteuer, nicht aber auch von der Einkommensteuer gedacht. Eine halbe Milliarde Reichsmark sind wahrlich keine Kleinigkeit, und wenn ihr Besitz mit einer so weitgehenden Steuerbefreiung verbunden wird, so ist damit ein recht breites Tor geöffnet, durch das steuerscheue Kapitalisten die Flucht vor dem Fiskus antreten können. Auch kommt man bei diesem Verfahren auf eine Art Raubbau hinaus, indem dasjenige, was das Reich im Augenblick gewinnen wird, an künftigen laufenden Einnahmen ihm verloren gehen muß. So steht zu erwarten, daß Herr Hilferding innerhalb seiner eigenen Partei noch sehr lebhafte Auseinandersetzungen über seinen Anleiheplan durchzukämpfen haben wird.

Andere Bedenken kommen von der Seite der Wirtschaft. Woher auch immer das Reich seine Gelder nehmen wird, sie müssen der Wirtschaft entzogen werden. Gerade der Köder der Steuerbefreiung droht nun mit einem Schlage, 500 Millionen Mark aus der deutschen Wirtschaft herauszugreifen, deren Kapitaldecke im Augenblick schon an und für sich nicht gerade sehr lang ist. Auch wenn das Reich einen Teil seiner Eisenbahn-Vorzugsaktien an die halböffentlichen Geldinstitute verkauft, dürfte die Wirtschaft den Schaden davon haben. Es wird dadurch eine Konkurrenz zu anderen Papieren geschaffen, nach denen die Nachfrage entsprechend heruntergehen wird. Und dabei befindet sich die Wirtschaft gerade jetzt wieder einmal in einer kritischen Periode, die in der Arbeitslosigkeit und in den Absatzschwierigkeiten vieler Industrien, vor allem auch in der Not der Landwirtschaft zu recht deutlichem Ausdruck kommt. Natürlich muß das Reich auf irgendeinem Wege seine Kassen wieder zahlungsfähig machen. So müssen also auch unter Umständen die schwersten Bedenken geschluckt werden. Aber falsch wäre es, diese Bedenken zu übersehen oder zu unterschätzen. Daß der Reichsfinanzminister trotz ihrer mit aller Gewalt seinen Anleiheplan durchzusetzen bemüht ist, und zwar gerade dieser sozialistische Reichsfinanzminister, zeigt mehr als alles andere die so ernsthaft kritische Situation des Reiches an.

---

# Kein Fortschritt in den Reparationsverhandlungen.

## Um den Young-Plan. — Die Rolle der Verteilung der deutschen Zahlungen.

* Paris. (Telunion.) **Owen Young hat am Dienstag die Besprechungen mit den Gläubigersachverständigen einerseits und Dr. Schacht andererseits fortgesetzt, die eine Einigung über den sogenannten Young-Plan herbeiführen sollen.**

Dem Vernehmen nach haben die Alliierten in dieser Besprechung von den Zahlen nunmehr amtlich Kenntnis genommen, aber **vor einer Stellungnahme zu dem amerikanischen Kompromißvorschlag. Owen Young ersucht, ihnen mit diesem einen Vorschlag über die Verteilung der deutschen Zahlungen auf die einzelnen Länder sowie die deutschen Vorbehalte zu übermitteln.** Es scheint, daß ein erster Entwurf eines neuen Verteilungsschlüssels von den Alliierten abgelehnt worden ist, und daß diese nunmehr erwarten, daß Owen Young einen neuen Vorschlag für die Verteilung der Zahlungen ausarbeitet. **Die Besprechungen drehen sich somit anscheinend zur Zeit in der Hauptsache um diese Frage, während die Zahlenfrage und die deutschen Vorbehalte erst später behandelt werden dürften.** Doch hat es den Anschein, als ob in den Besprechungen Owen Youngs mit Dr. Schacht, die im Beisein von Josiah Stamp, den Vorsitzenden des sogenannten Berichtsausschusses stattfanden, bereits die Frage besprochen worden ist, wie die deutschen Vorbehalte formell in den einzelnen Kapiteln des geplanten Berichts unterzubringen sind. **Mit einer Einigung über die strittigen Fragen wird erst in einigen Tagen zu rechnen sein.**

**Die Lage in den Pariser Sachverständigenverhandlungen hat sich somit insofern verschoben, als die Hauptschwierigkeiten zur Zeit in der Verteilung der von Owen Young vorgeschlagenen und von Deutschland angenommenen Jahreszahlungen unter die Alliierten zu suchen sind. Die Verteilung der Jahreszahlungen unter die Alliierten geht ausschließlich diese selbst an, so daß die zur Zeit in Paris bestehenden Schwierigkeiten jedenfalls nicht auf das deutsche Verhalten zurückgeführt werden können. Der Hauptwiderstand geht nach wie vor von den Franzosen aus, die jetzt, nachdem ihnen offenbar die von Young vorgeschlagenen und von Deutschland angenommenen Jahreszahlungen als annehmbar erscheinen, sich gegen eine Herabsetzung der Höhe ihres Anteils an der deutschen Kriegsentschädigung wehren. Wenn die französische Presse erneut ihr Erstaunen darüber heuchelt, daß die deutschen Vorbehalte noch nicht überreicht wurden, so verrät sie vollkommen, daß es zur Zeit Aufgabe der Alliierten ist, zu den Youngschen Ziffern Stellung zu nehmen und daß eine Besprechung der Vorbehalte nur Zweck haben kann, wenn der Youngsche Zahlungsplan auch von Frankreich angenommen worden ist. Denn obgleich es verständlich sein mag, daß den Franzosen die Entscheidung recht schwer fällt, so darf man doch darauf verweisen, daß England, Japan und Italien dem Youngschen Zahlungsplan bereits zugestimmt haben.**

**Immer stärker tritt die Bedeutung der deutschen Vorbehalte, insbesondere der sogenannten Revisionsklausel, hervor, die anscheinend im Mittelpunkt der alliierten Beratungen steht.** Die Franzosen befürchten, daß es ihnen durch die Einfügung einer Revisionsklausel unmöglich gemacht werde, einen sehr bedeutenden Teil der deutschen Schuld zu mobilisieren. **Weder die Franzosen, noch die Belgier, noch die Italiener,** so schreibt der „Intransigeant", **würden den gemeinsamen amerikanisch-deutschen Zahlen zustimmen können, falls die Revisionsklausel bestehen bleibe.** Dr. Schacht solle verraten, wo er für die 5—5,5prozentigen Scheine Abnehmer finden wolle. Alle Bankiers der Welt würden sich weigern, unter diesen Umständen Frankreich auch nur einen Sou zu leihen. Auch die rechtsstehende „Liberté" unterstreicht mit großem Nachdruck, daß die Alliierten nur an einer endgültigen Lösung Interesse hätten. Wie Kleopatra in den Blumen, die sie als Geschenk überreicht habe, Nattern, verborgen habe, so scheine auch Germania ähnliche Geschenke für die Franzosen vorzubereiten.

Sehr optimistisch ist nach wie vor der linksstehende „Paris Soire" eingestellt. Die günstige Beurteilung der bevorstehenden Einigung durch den größeren Teil der deutschen Presse hat es ihm angetan. Er hofft, daß eine Verständigung zwischen den Sachverständigen auf die allgemeinen internationalen Beziehungen zurückwirken werde, insbesondere aber auf die deutsch-französische Annäherung.

Nach dem „Journal des Debats" beläuft sich die **Anzahl der deutschen Vorbehalte auf zwölf.**

### Deutsche Verhandlungen zur Aufnahme eines Kredites zur Rückversicherung der Mark.

* London. (Telunion.) Wie der Berichterstatter des „Evening Standard" berichtet, ist aus Newyork eine Kabel in London eingegangen, wonach die **deutsche Goldscheinbank mit den Zentralbanken in Newyork, London und Paris über die Aufnahme eines Kredites zur Stützung der deutschen Währung verhandelt.** Ein derartiger Kredit, der nach deutschen Mitteilungen keinerlei bestimmte Form angenommen hat, würde, so meint das Blatt, nicht notwendigerweise auf eine fundamentale Schwäche der Mark hinweisen, oder bedeuten, daß Deutschland jemals von ihm Gebrauch machen würde. Was bezweckt werde, sei offenbar nur eine Rückversicherung dagegen, daß die deutsche Reichsmark während der letzten Abschnitte der Pariser Reparationsverhandlungen und während einer gewissen Uebergangszeit gegen ungebührlichen Druck geschützt werden soll. England habe 1925 bis 1926 den gleichen Weg beschritten und einen beträchtlichen Sterlingkredit vereinbart, der gleichfalls unbeachtet blieb.

Die leichte Aufwärtsbewegung der Mark hätt als Folge der in London günstig beurteilten neuen Wendung der Pariser Besprechung an. Mit einem Kurs von 20,45¾ bis 20,45½ steht die Mark nur noch Zweihundertstel Punkte unter Paris.

**Eine Bestätigung dieser Meldung durch die deutsche Reichsbank ist zur Zeit nicht zu erhalten. Sie ist daher mit allem Vorbehalt aufzunehmen.**

### Ueberreichung der deutschen Vorbehalte am Mittwoch nachmittag?

* Paris. (Telunion.) Von französischer Seite wird zu der am Dienstag erfolgten Besprechung zwischen Schacht und Young mitgeteilt, der Konferenzvorsitzende habe **den Führer der deutschen Gruppe ersucht, seine Vorbehalte für die Annahme des Youngschen Zahlungsplanes schriftlich niederzulegen.** Die amerikanischen und englischen Delegierten sollen der gleichen Quelle zufolge Dr. Schacht ersucht haben, die Vorbehalte so abzufassen, daß die Gläubiger ihnen zustimmen könnten. **Man hält es für möglich, daß die Ueberreichung der deutschen Vorbehalte heute Mittwoch nachmittag erfolgt.**

---

### Die Zahlungen des Reparationsagenten.

)( Berlin. (Telunion.) Das Büro des Generalagenten für die Reparationszahlungen gibt folgende **Uebersicht über die verfügbaren Gelder und vorgenommenen Uebertragungen im fünften Zahlungsjahr und zwar bis zum 30. April 1929.** Es betrugen ungerechnet in Goldmark die verfügbaren Gelder: im April 1929 307 504 Millionen Mark. Die Gesamtsumme der verfügbaren Gelder vom Inkrafttreten des fünften Zahlungsjahres bis zum 30. April 1929 beträgt 1 806 171 Millionen Mark.

**Es wurden an die Gläubigermächte** folgende Transfers vorgenommen: Im April 1929 an Frankreich 100 026 Millionen Mark; an das Britische Reich 44 099 Millionen Mark; an Italien 13 619 Millionen Mark; an Belgien 12 886 Millionen Mark; an die Vereinigten Staaten 12 953 Millionen Mark; an die übrigen Gläubigermächte 17 082 Millionen Mark. Gesamtsumme des Transfers an die Mächte im Monat April 1929: 200 666 Millionen Mark.

Die vorgenommenen Transfers an die Gläubigermächte im fünften Zahlungsjahr bis zum 30. April 1929 betrugen: An Frankreich 742 674 Millionen Mark; an das Britische Reich 329 389 Millionen Mark; an Italien 106 775 Millionen Mark; an Belgien 77 598 Millionen Mark; an die Vereinigten Staaten 62 832 Millionen Mark; an die übrigen Gläubigermächte 94 238 Millionen Mark.

Die Gesamtsumme der Transfers an die Mächte im fünften Zahlungsjahr bis zum 30. April 1929 betrug 1 413 505 Millionen Mark.

**Insgesamt wurden an Transfers einschließlich des Dienstes der deutschen Auslandsanleihe von 1924 und der Kosten der interalliierten Kommissionen vorgenommen: Im April 1929 209 069 Millionen Mark usw.**

---

### Gewerkschaften und Arbeitslosenversicherung.

)( Berlin. Dem „Deutschen" zufolge hatten die drei Gewerkschaftsrichtungen am Dienstag eine Beratung, die den Beschluß des Reichskabinetts über die Aenderung des Arbeitslosenversicherungsgesetzes zum Gegenstand hatte. Es bestand Einmütigkeit darüber, daß, wie bisher an der Beseitigung von Mißständen auf dem Gebiete der Arbeitslosenunterstützung mitgearbeitet werden soll. Andererseits wird aber **jeder Angriff auf das Gesetz von den Gewerkschaften selbst schärfstens abgewehrt** werden. Es wurde beschlossen, nach dem Bekanntwerden der Pläne des Reichskabinetts sofort wieder zusammenzutreten.

---

### Verbot des Rotfront-Bundes in Mecklenburg-Strelitz.

)( Neustrelitz. Wie die Landeszeitung für beide Mecklenburg meldet, hat das Mecklenburg-Strelitzer Ministerium für das Gebiet des Freistaat Mecklenburg-Strelitz den **Roten Frontkämpferbund** einschließlich der Roten Jungfront und der Roten Marine **aufgelöst und sein Vermögen beschlagnahmt.**